

Unser Credo für die ältere Generation lautet: Diese Menschen sollen möglichst lange selbstbestimmt in ihrem gewohnten Umfeld bleiben. Dafür arbeiten wir mit dem Programm "Selbstständig älter werden".

Meine Damen und Herren, die Pflege liegt in den Händen von Menschen. Die Pflegekräfte leisten einen großartigen Dienst an den Menschen.

(Beifall bei der CSU)

Dieser Dienst muss besser honoriert werden. Dazu gehören eine bessere Bezahlung und ein besserer Personalschlüssel.

Gerade in Zeiten globaler Krisen brauchen wir Ankerpunkte und Orientierung. Meine Damen und Herren, Tradition, Brauchtum und Kunst sind für uns daher kein Luxus, sondern das Fundament unserer Heimat.

(Beifall bei der CSU)

Wir gehen auch hier voran. Ich nenne als Beispiele das Museum der Bayerischen Geschichte in Regensburg, die Festung Marienberg in Würzburg und das Sudetendeutsche Museum in München.

Bayern ist und bleibt etwas ganz Besonderes. Die Menschen in Bayern helfen zusammen. Sie packen an, wenn Bedürftigkeit gegeben ist. Meine Damen und Herren, ich möchte in diesem Zusammenhang auch Markus Sackmann nennen, der sich als neuer Ehrenamtsbotschafter für unsere Heimat starkmacht.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen in Bayern bekennen sich klar zu unseren Werten. Werteorientierung in Bayern ist tägliche Lebenspraxis. Wir wollen diesen großartigen Schatz an unsere Jugend weitergeben. Dafür arbeitet das Wertebündnis Bayern mit über 120 Mitgliedern. Mit ihren Ideen und ihren Projekten haben sie sich über Bayern hinaus einen sehr guten Namen gemacht. Wir krönen diese Erfolgsgeschichte mit der Schaffung der neuen Stiftung "Wertebündnis Bayern".

Meine Damen und Herren, die Zeiten haben sich geändert. Nichts ist mehr selbstverständlich. Unsere Werte, unsere Lebenseinstellung und unsere Grundsätze werden herausgefordert. Umso wichtiger sind stabile Verhältnisse und Zuverlässigkeit.

Wir halten an soliden Finanzen fest. Wir sorgen für Stabilität. Wir schaffen neue Chancen. Wir haben die Zukunft fest im Blick. Arbeit, Perspektiven, soziale Sicherheit und Lebensqualität heute und morgen, dafür steht der neue Doppelhaushalt des Freistaats Bayern. Ich möchte mich ganz herzlich, stellvertretend bei

dem Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Herrn Winter, für die Tätigkeit des Haushaltsausschusses bedanken.

(Beifall bei der CSU und der SPD)

Ich bitte das Hohe Haus, diesem Doppelhaushalt zuzustimmen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte um Ihre Unterstützung für Bayern.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Als nächstem Redner erteile ich dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Herrn Kollegen Markus Rinderspacher, das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Na, der Schlussapplaus war dann doch ganz ordentlich. – Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, Hohes Haus! Sollten Sie in den Wohnzimmern oder im Internet unsere Debatte verfolgen: Welcome to Bavaria. Benvenuto in Bavaria. Bayvera ia hosgeldiniz. Witamy serdecznie. Schön, dass Sie in den Wohnstuben Bayerns unsere Plenardebatte verfolgen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Weiter so!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beratungen am Jahreswechsel über den Haushalt bieten traditionell die Möglichkeit zu einer Generalausprache: Was wurde in den vergangenen 14 Monaten seit Beginn der Legislaturperiode geleistet? Welche politischen Projekte wurden auf den Weg gebracht? Dabei geht es nicht darum, den jeweils anderen von der Regierung oder der Opposition argumentativ niederzurufen. Es geht auch nicht darum, jedes einzelne Themenfeld der bayerischen Landespolitik anzusprechen. Dazu würde meine Redezeit gar nicht ausreichen. Es geht um die Fragen: Stimmt die Richtung in Bayern? Was lief in den vergangenen Jahren gut, was lief weniger gut? Was muss korrigiert werden? Welche neuen Entwicklungen zwingen zum Handeln? Wo bleibt die Regierung hinter ihren Versprechen und Ankündigungen zurück?

Es ist bedauerlich, dass der Ministerpräsident heute krankheitsbedingt nicht Rede und Antwort stehen kann. Die Gesundheit geht aber selbstverständlich vor. Ich wünsche dem Ministerpräsidenten gute Besserung und eine baldige Genesung.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben im Jahr 2014 tatsächlich das erlebt, was den klassischen Unterschied zwischen einer Koalitions-Regierung und einer Allein-Regierung ausmacht. Im Bund regieren drei Parteien, die CDU, die SPD und die CSU. Sie haben in einem Koalitionsvertrag wichtige Vorhaben vereinbart und diese nun in gemeinsamer Verantwortung für das Land umgesetzt. Im Rückblick auf das Jahr 2014 können wir gemeinsam feststellen: Das Jahr 2014 war mit einer Bundesregierung der Großen Koalition ein gutes Jahr für Deutschland.

(Beifall bei der SPD)

Die Koalition hat bereits im ersten Regierungsjahr wichtige politische Vorhaben umgesetzt und dabei für eine bessere soziale Balance in der Bundesrepublik gesorgt. In 22 Tagen wird endlich die Wirklichkeit, wofür die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften bereits seit über einem Jahrzehnt gekämpft haben: Der gesetzliche Mindestlohn von 8,50 Euro kommt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, von diesem Mindestlohn profitieren allein in Bayern 550.000 Menschen. Der 1. Januar 2015 bedeutet für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in unserem Land eine satte Gehaltserhöhung im deutlich zweistelligen Prozentbereich, um 12, 15, 18 und teilweise über 20 %. Das ist eine historische sozialpolitische Wegmarke für mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt, auch bei uns in Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Mit der Mütterrente und der Möglichkeit, nach 45 Versicherungsjahren bereits mit 63 Jahren abschlagsfrei in Rente zu gehen, findet die Lebensleistung der älteren Generation mehr Anerkennung. Dabei geht es nicht um staatliche Geschenke, wie dies manche formuliert haben, sondern darum, dass die Lebensleistung derer, die unser Land aufgebaut haben, ein Stück weit gewürdigt wird. Die Menschen haben ein solches Geschenk nicht nötig. Sie haben es sich erarbeitet, und sie haben es sich verdient.

(Beifall bei der SPD)

Besonders erfreulich sind für mich die Verbesserungen für die Mieterinnen und Mieter. Wir sorgen für ein Mehr an Gerechtigkeit statt des bislang geltenden Rechts des Stärkeren. Der Wohnungsmarkt glich bislang vielerorts dem Wilden Westen. Jetzt kehrt endlich auch in Goldgräberstädten die Zivilisation ein, beispielsweise bei uns in der Landeshauptstadt München. Mit der Mietpreisbremse wird der Druck auf die Wohnungsmärkte in den großen Ballungszentren

abgeschwächt. Die Mieten werden nicht mehr weiter explodieren können, wie das in den letzten Jahren der Fall war. Mieterhöhungen dürfen nicht über 10 % der ortsüblichen Vergleichsmiete betragen. Bei der Maklergebühr gilt künftig das Bestellerprinzip: Wer anschafft, der bezahlt. Nach dem GBW-Desaster und der Privatisierung Tausender staatlicher Wohnungen sind das endlich einmal gute Nachrichten für die Mieterinnen und Mieter bei uns im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Auch auf anderen Politikfeldern ist manches vorangekommen, was in den Jahren zuvor liegen geblieben war, die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, die den Anstieg der Strompreise bremst, mehr Bildungsgerechtigkeit mit der BAföG-Reform, die Frauquote und die doppelte Staatsangehörigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Deutschland und damit auch Bayern ist im Jahr 2014 ein Stück weit sozialer und demokratischer und in der Gesellschaftspolitik moderner und menschlicher geworden. Das war ein guter Start einer guten Bundesregierung. Ich bedanke mich bei unseren politischen Partnern im Bund für die Zusammenarbeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ohne jede Frage, es ist wünschenswert, auch in anderen wichtigen Sachfragen über die Parteigrenzen hinweg zu kooperieren. Der gegenwärtige Länderfinanzausgleich ist für uns in Bayern völlig unakzeptabel.

(Zurufe von der CSU: Ach! Ach!)

Wir hätten in Bayern genügend Projekte, die wir mit den fünf Milliarden, die dieses Jahr überwiesen werden müssen, in Angriff nehmen könnten. Darin sind wir uns mit der CSU einig. Nicht durchgehen lassen wir Ihnen aber den Versuch, für diese schlechte Regelung jemand anderem die Verantwortung zu übertragen statt Ihnen selbst.

(Beifall bei der SPD)

Der frühere CSU-Chef Edmund Stoiber hat den Vertrag über den Länderfinanzausgleich ausgehandelt. Die Fehler von damals müssen nun gemeinsam korrigiert werden. Lassen Sie uns gemeinsam dafür kämpfen, dass die Belastungen für den Freistaat Bayern künftig sinken werden.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweites Thema bietet sich aktuell für gemeinsame Initiativen der beiden Volksparteien in Bayern an.

Wenn es darum geht, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern zu entlasten, sollten wir parteiübergreifend an einem Strang ziehen. Es könnte ein gutes gemeinschaftliches Anliegen der beiden Volksparteien SPD und CSU in Bayern sein, dieses Thema ganz oben auf die Tagesordnung zu setzen. Wir brauchen Steuererleichterungen für die kleineren und mittleren Einkommen. Wir wollen die kalte Progression so schnell wie möglich abschaffen. Das ist unsere Position, und dafür sollten wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der SPD)

Der Bayerische Ministerpräsident hatte zuletzt noch davor gewarnt, die kalte Progression zu früh abzuschaffen. Das sei vor 2017 bzw. 2018 nicht möglich. Er hat sich damit ein Stück weit vom Bayerischen Finanzminister Markus Söder distanziert, der weitere Spielräume gesehen hat. Nun ist Herr Söder nicht da, aber ich möchte ihm gerne zurufen: Herr Staatsminister, man kann gelegentlich den Eindruck haben, dass das Geplänkel zwischen Ihnen und dem Ministerpräsidenten auch andere Hintergründe hat. Hier sollten wir gemeinsam den Bayerischen Ministerpräsidenten, aber auch die Bundeskanzlerin und den Bundesfinanzminister davon überzeugen, dass Gehaltssteigerungen künftig nicht mehr von der Steuer aufgefressen werden dürfen. Wir brauchen hierfür eine angemessene Perspektive, und das bedeutet für uns, die SPD, nicht erst 2017, wie es Herr Seehofer vorgeschlagen hat, sondern früher. Wir brauchen in einer angemessenen Perspektive einen ersten Schritt zum Abbau der kalten Progression. Lassen Sie uns das möglichst schnell gemeinsam erledigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich war die Große Koalition die Wunschkonstellation der Deutschen im Jahr 2013, und sie ist es bis heute. Die Deutschen schätzen den politischen Kompromiss und die Machtbalance zwischen den Parteien. Sie erwarten Gesprächsbereitschaft und Dialogfähigkeit zwischen den politischen Akteuren.

In Bayern gab es 2014 für die Regierungspartei mit einer absoluten Mehrheit keine Notwendigkeit der Zusammenarbeit. Politikwissenschaftler sagen, es ergebe sich bei einer absoluten Mehrheit das Risiko, dass sich die Selbstherrlichkeit in einer Reihe von Affären und Skandalen widerspiegeln könnte, die für absolute Mehrheiten symptomatisch seien, insbesondere nach mehreren Jahrzehnten der Alleinherrschaft.

(Beifall bei der SPD)

Ich überlasse es heute Ihrer geschätzten Analysefähigkeit und Ihrer Fähigkeit der Erinnerung, ob es in der Regierungspartei in Bayern 2014 mehrfach nennenswerte Affären gegeben haben könnte. Tatsäch-

lich bleibt mir heute keine Zeit, diese in der angemessenen Detailtiefe darzustellen.

(Beifall bei der SPD)

Verstehen Sie das auch als einen Beitrag zum parlamentarischen Weihnachtsfrieden.

Eines ist klar: Das, was Politikwissenschaftler sagen, muss man an der einen oder anderen Stelle ernst nehmen. Die absolute Mehrheit verführt zu Trägheit und Nachlässigkeit. Der Staatskörper setzt Fett an. Die wichtigen Probleme werden vertagt. Die Regierung konzentriert sich auf Repräsentation und Verwaltung. Sie ist ganz überwiegend mit sich selbst befasst. Ein Phänomen greift in der absoluten Mehrheit Raum: Jürgen Habermas hat es vor einigen Jahren in der "Süddeutschen Zeitung" als demoskopiegeleitete Machtpragmatik bezeichnet. Herr Habermas beschrieb das als einen Aggregatzustand, der sich durch den Verzicht auf Perspektiven und Gestaltungswillen auszeichnet.

Das ist richtig kurios. Die CSU verhält sich exakt nach der Definition von Jürgen Habermas. Neben dem Begriff "demoskopiegeleitete Machtpragmatik" ist im "Politiklexikon" ein Foto von Horst Seehofer zu sehen. Man konnte wirklich den Eindruck gewinnen, der CSU-Chef denke bis zur nächsten Umfrage und sei überwiegend damit beschäftigt, die potenziellen Nachfolger in Bayern in Schach zu halten.

(Beifall bei der SPD)

Anders als die Koalitionsregierung im Bund war die Alleinregierung in Bayern äußerst zurückhaltend mit gesetzgeberischer Innovation. Ich hoffe, ich trete Ihnen nicht zu nahe. Die Zahl der von der Staatsregierung initiierten Gesetzentwürfe ist mehr als überschaubar. In Wahrheit gibt es sie fast nicht. Lediglich einige Gesetzentwürfe zur Umsetzung von Bundes- oder Europarecht in Landesrecht hat es gegeben. Es gibt ein leeres Blatt Papier an dokumentiertem parlamentarischem Gestaltungsunwillen. Die Regierung hat die Tatkraft nur vorgetäuscht. Ganze zwei Mal hat die Regierung in der laufenden Legislaturperiode – Frau Aigner spricht hier 40 Minuten – konkrete Gesetzentwürfe eingebracht, über die wir im Bayerischen Landtag zu beraten hatten.

Da aber wird es plötzlich verfassungsrechtlich problematisch. Die neuen Regeln über den Abstand zwischen Windrädern und Siedlungsgebieten greifen in das kommunale Selbstverwaltungsrecht ein. Dieses Gesetz ist nicht nur eine Blockade für die Windenergie in Bayern, es ist nicht nur eine Bremse für investitionswillige Unternehmen und Bürgergenossenschaften, es ist nicht nur ein Zeichen für den Unwillen der

Regierung, die Energiewende tatsächlich zu gestalten; nein, das Gesetz ist handwerklich auch so schlecht gemacht, dass sich die Opposition gezwungen sieht, vor den Bayerischen Verfassungsgerichtshof zu ziehen und die Verfassungsmäßigkeit überprüfen zu lassen. Das gilt auch für den Gesetzentwurf zur sogenannten Volksbefragung. Bereits 2014 hatte die SPD einen Erfolg vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof erzielt. Ich glaube, 2015 könnte wieder ein Jahr sein, in dem der Bayerische Verfassungsgerichtshof gleich zwei Initiativen der Staatsregierung für nicht konform mit der Bayerischen Verfassung erklärt.

(Beifall bei der SPD)

Zwei konkrete Gesetzentwürfe seitens der Regierung, einmal die Blockade der Windenergie, ein anderes Mal ein Alibientwurf für vorgetäuschte Bürgerbefragung; unter dem Strich kann man sagen: Diese Regierung hat 2014 auf das Regieren verzichtet.

(Beifall bei der SPD)

Alle Reformvorschläge und Innovationsideen der Opposition hat sie vom Tisch gewischt. Gesetzentwürfe und Anträge von SPD, FREIEN WÄHLERN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die CSU kategorisch abgelehnt. Wieso eigentlich regieren? Im Kabinett reicht es, den Status quo zu verwalten.

Nun mag man sagen, das könnte eine Strategie sein. Bayern geht es doch alles in allem gut. Wer will das bestreiten? Vielleicht ist es gar kein schlechtes Konzept, sich aufs Repräsentieren zu konzentrieren und die Füße einmal still zu halten. Wir haben die Paragrafenbremse. Für was brauchen wir eigentlich eine Regierung? Dass wir in Bayern keine handlungsfähige Regierung brauchen, hat doch gerade der vergangene Herbst deutlich gezeigt. Wenn es darauf ankommt, ist die Regierung nicht da und zeigt sich überfordert. Menschen, die unter Entbehrungen aus Bürgerkriegsgebieten zu uns nach Bayern geflüchtet sind, schlafen bei Temperaturen mit einstelliger Zahl auf Isomatten unter freiem Himmel. Wenige Wochen vorher hatten unterschiedliche Asylgipfel beim Ministerpräsidenten und bei der zuständigen Ministerin stattgefunden. Ich frage Sie: Sieht so Regierungskunst und Managementkompetenz aus, wenn den Ankündigungen nachweislich nichts folgt?

(Beifall bei der SPD)

Es waren die Kommunen und ehrenamtlichen Helfer vor Ort, die mit ihrem Einsatz die Ehre und die Würde des Freistaates Bayern ein Stück weit gerettet haben. Für dieses Engagement trotz der mangelnden Unterstützung durch die Staatsregierung über einen viel zu

langen Zeitraum gebührt gerade ihnen unser Dank und unsere Anerkennung.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die CSU hat in den letzten Tagen wieder für Aufsehen gesorgt und einen – man mag so sagen – kuriosen Vorschlag über einen Leitantrag in der Öffentlichkeit formuliert: Zu Hause im Wohnzimmer soll Deutsch gesprochen werden. Da stellt sich natürlich die Frage: Was will die CSU denn wirklich? – Nun können wir heute im Bayerischen Landtag nicht wirklich abschätzen, wann die nächsten diesbezüglichen Vorschläge kommen. In dieser Partei scheint gegenwärtig alles möglich zu sein: Ab sofort werden in bayerischen Wohnstuben nur noch Heino und Andrea Berg gehört – ist das der nächste Vorschlag? –, Franck Ribéry wird ausgewiesen, weil er am Elfmeterpunkt mit Dante und Tiago Englisch spricht, Pep Guardiola muss zu Borussia Dortmund auswandern, weil seine Pressekonferenzen auf Spanisch im öffentlichen Raum in Bayern nicht geduldet werden können, und

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

last but not least: Inge Aures und Hubert Aiwanger wird das Landtagsmandat entzogen, weil sie im Verdacht stehen, in ihrem Wohnzimmer nicht immer lupenreines Hochdeutsch zu sprechen.

(Heiterkeit bei der SPD – Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU)

Der Vorschlag der CSU hat in den letzten Tagen zu Recht für Hohn und Spott gesorgt. Die integrationspolitischen Verwirrungen der CSU haben aber eine sehr ernste Kehrseite. Die Frage der Integration wird von der CSU im Einjahresrhythmus aufgeworfen. Der Tenor ist immer der gleiche. Schauen wir uns die vergangenen Jahre einmal an – 2010: Der Bayerische Ministerpräsident fordert in einem Interview mit einem Nachrichtenmagazin einen Einreisestopp für Türken und Menschen aus arabischsprachigen Ländern in dem Wissen, dass deren Einwanderungssaldo eigentlich negativ ist; mehr Türken kehren in ihr Herkunftsland zurück als zu uns zuwandern. 2011 betont der Bayerische Ministerpräsident, er werde Deutschland "bis zur letzten Patrone" – das war ein wörtliches Zitat – vor Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme verteidigen. 2012 – ein Jahr später – fordert die CSU etwas, was es in keinem anderen europäischen Land gibt, nämlich eine Maut nur für Ausländer. Wenig später, im Jahr 2013, platziert die Parteispitze die Formel: "Wer betrügt, der fliegt". Gemeint sind Bulgaren und Rumänen, die unter Ausnutzung der Freizügigkeit in Europa unser Sozialsystem angeblich massenhaft

ausbeuten würden. Diese Entwicklung – ich denke, darin sind wir uns einig – ist nachweislich nicht eingetreten.

Jetzt kommt dieser Vorschlag zur deutschen Sprache im Wohnzimmer. Einreisestopp, "bis zur letzten Patrone" – meine Damen und Herren, wer sich das anschaut, der muss zum Ergebnis kommen: Das war keine Fehlleistung in der Formulierung eines Leittrags, da ging es nicht um ein rhetorisches Missverständnis, sondern dahinter steckt System. Der CSU geht es offensichtlich darum, die Stimmung gegen Migrantinnen und Migranten in unserem Land zu schüren.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN – Widerspruch der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer (CSU))

Schon heute haben knapp 20 % der bayerischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund; jedes dritte Kind unter sechs Jahren hat ausländische Wurzeln. Es ist an der Zeit, diese gesellschaftliche Vielfalt auch bei uns in Bayern anzuerkennen. Es geht uns um eine Gesellschaft, die unterschiedliche Lebensentwürfe als Bereicherung und nicht als Bedrohung empfindet.

Sie werfen die Frage auf bzw. Sie stellen den Common Sense dar – wenn dieser Begriff hier gestattet ist –, dass deutsche Sprache eine Basis für gelingende Integration ist, und formulieren damit einen Mechanismus der Ausgrenzung. Es ist Konsens zwischen den Parteien im Bayerischen Landtag und auch mit den Migrationsverbänden, dass die deutsche Sprache eine Bedingung für gelingende Integration ist. Darum ging es aber nicht, und es geht auch nicht um Handlungsanweisungen für die Privatsphäre. Das, was Sie als Regierungspartei leisten müssten, sollten Sie im Jahr 2015 bitte kraftvoll angehen. Wir brauchen nämlich mehr Integrationskurse in Bayern. Wir brauchen mehr Sprachförderkurse in den Vorschulen.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen mehr Sprachförderkurse in den Kindertagesstätten. Wir brauchen zusätzliche Erzieher und sozialpädagogische Betreuer mit Migrationshintergrund. Wir brauchen endlich ein Konzept, um die Zahl der Schulabbrecher mit Migrationshintergrund zu senken. Wir brauchen kleinere Klassen und mehr Ganztagsangebote. Wir brauchen pädagogischen Freiraum. Wir brauchen die Verstärkung der Schulsozialarbeit und bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. – Wenn Ihnen die Integration wirklich wichtig ist, dann gehen Sie das an! Darum muss es nämlich gehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei der SPD)

Als Weihnachtsmänner und Weihnachtsfrauen wäre das Kabinett eine regelrechte Fehlbesetzung; denn packt man die angekündigten Geschenke in Hochglanzpapier voller Erwartung und Vorfreude aus, stellt man enttäuscht fest: Es ist nichts drin. So sind die Päckchen für die bayerische Bildung deutlich kleiner als erwartet. Bereits im Jahr 2008 – sechs Jahre ist das her – hatte der Bayerische Ministerpräsident in seiner ersten Regierungserklärung flächendeckend Ganztagschulen in allen Schularten und in allen sieben Regierungsbezirken innerhalb einer Legislaturperiode versprochen. Sechs Jahre danach belegt Bayern bei den Ganztagsschulangeboten noch immer einen der hinteren Plätze im Bundesländer-Ranking.

Wir begrüßen ganz ausdrücklich, Herr Kultusminister, dass es auch in der Grundschule kostenfreie Angebote für Eltern geben soll, dass sich der Freistaat dort künftig engagieren will. Die Staatsregierung sollte aber doch zur Kenntnis nehmen, dass guter Ganztags eben mehr als Hausaufgabenhilfe und das Spielen im Pausenhof sind. Die Ganztagsangebote in Bayern müssen gerade in den Grundschulen auf die Rand- und Ferienzeiten ausgedehnt werden. Die wenigsten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben um 16.00 Uhr Feierabend. Wir brauchen Ganztagsangebote deshalb auch bis um 18.00 Uhr. Die wenigsten Eltern haben 92 Urlaubstage im Jahr. Deshalb müssen die Kinder natürlich auch in den Ferien betreut werden. Das ist das Geschenkpaket für die Familien in Bayern, an dem wir nun gemeinsam mit den Kommunen parteiübergreifend arbeiten sollten. Davon haben die Familien etwas.

(Beifall bei der SPD)

Auch die anderen Schulgeschenke verdienen es, genau unter die Lupe genommen zu werden. Was ist mit der Bestandsgarantie des Ministerpräsidenten für die sogenannten rechtlich selbstständigen Grundschulen? – Was wie eine Lebens- und Unfallversicherung klingt, stellt sich am Ende als Risiko dar. Eltern, Schüler, Lehrer und Bürgermeister in Bayern müssen hier regelrecht alarmiert sein; denn 300 Schulen in 300 Orten in Bayern sind rechtlich nicht selbstständig. Diesen Grundschulen droht die Schließung wie auch 150 Mittelschulstandorten. Wir brauchen regionale, dezentrale Schulmodelle in Bayern. Wir benötigen wohnortnahe Heimat- und Regionalschulen, um lange Schulwege zu vermeiden und vor Ort alle Schulabschlüsse unter einem Dach zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD)

Werfen wir einen Blick auf das Gymnasialpäckchen, das in diesem Jahr geschnürt wurde. Beim Gymnasi-

um hatte die Regierung Dialogbereitschaft versprochen – das hat sie eingehalten – und weitreichende Reformen. Dazu gehen die Meinungen schon auseinander. Bei der Gymnasialreform ist nicht etwa eine echte Wahlfreiheit für die Schülerinnen und Schüler zwischen zwei Geschwindigkeiten beim Gymnasium G 8 bzw. G 9 herausgekommen, sondern ein erweiterter Wiederholungszug in der Mittelstufe für Schüler mit weniger guten Noten. De facto ist eine Deckelung der verlangsamten Gymnasialvariante für nur 25 % der Schülerinnen und Schüler herausgekommen. Das Ganze soll erst dann kommen, wenn die jetzige Gymnasialgeneration gar nicht mehr auf der Schule ist, nämlich 2017/2018. Geld, sagt Herr Söder, gibt es auch keines.

Das Gymnasium soll aus unserer Sicht keine reine Paukanstalt sein, sondern die Kinder fürs Leben fit machen mit Wissen und Kompetenz, mit Charakter und Herzenswärme. Gönnen wir unseren Kindern mehr Zeit zum Lernen!

(Beifall bei der SPD)

Tatsächlich erhält man von dieser Regierung auch manches Päckchen überreicht, das man so gar nicht haben will. Ohne die Wachsamkeit der parlamentarischen Opposition hätte die Regierung im Jahr 2014, ohne mit der Wimper zu zucken, das bayerische Bildungssystem personell ausgedünnt. Es ist uns gelungen, die Regierung von ihren Plänen abzuhalten, 800 Lehrerstellen auf einen Schlag zu streichen. Das nämlich war der Plan von Herrn Spaenle. Ich bedanke mich bei den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN, den Lehrer-, Eltern- und Schülerorganisationen und der alarmierten bayerischen Öffentlichkeit für diese gute Zusammenarbeit. Gut, dass wir das gemeinsam verhindert haben!

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir brauchen mehr und nicht weniger Lehrer in Bayern, um den Unterrichtsausfall zu bekämpfen und die Klassengrößen in allen Schularten zu verkleinern, um eine individuelle Förderung unserer Kinder zu ermöglichen und um die Zahl der Schulabbrecher zu minimieren; denn noch immer gehen jedes Jahr mehrere Tausend Schülerinnen und Schüler ohne Abschluss von der Schule ab. Zudem muss die Inklusion von Schülern und Jugendlichen mit Behinderung an der Regelschule ermöglicht werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, was ich mir wünsche, wäre etwas mehr Bescheidenheit in der Landespolitik und bei der Bayerischen Staatsregierung. Auch diese Regierungserklärung hat erneut gezeigt: Diese Staatsregierung kann nicht ohne Superlative. Fünf-

Sterne-Land, Premiuland, die Besten der Besten. Bayern, Vorstufe zum Paradies, das familienfreundlichste Bundesland, obwohl gerade wir bei der Kinderquote und bei den Ganztagsschulangeboten im Bundesländer-Ranking ganz weit hinten stehen.

(Petra Guttenberger (CSU): Das stimmt nicht, Herr Kollege!)

Das Land der unbegrenzten Chancen und Möglichkeiten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir leben alle gerne in Bayern. Es ist ein wunderbares Land. Aber Sie sind nicht diejenigen, die die bayerischen Alpen aufgetürmt und die bayerischen Seen eigenhändig ausgegraben haben. Das Wittelsbacher Erbe wurde uns auch geschenkt. Auch dafür kann die CSU nichts.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der CSU)

Die Regierungserklärung von Frau Aigner war ein regelrechter Zahlenfriedhof. 400 Millionen Euro für so und so viele Projekte und das. So und so viele Hunderte von Millionen Euro für dieses Projekt und das. Start-ups, Cyber-Allianz-Zentrum, Ariane 6. Das ist alles wichtig, keine Frage.

(Zuruf: Gut!)

Nur frage ich mich: Geht es nicht auch ein bisschen näher am Menschen, wie die von Ihnen propagierte Politik, die Sie zumindest auf Ihrem Parteilogo stehen haben?

(Zuruf von der CSU)

Können wir das in Bayern vielleicht auch so darstellen wie im Bund?

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Im Bund haben wir viel gemacht für eine bessere Pflege, für mehr Fairness auf dem Arbeitsmarkt, Politik für die Mieterinnen und Mieter, Politik für unsere Seniorinnen und Senioren. Und Sie reden über Zahlen in den unterschiedlichsten Haushaltsvarianten

(Markus Blume (CSU): Es geht um den Haushalt!)

und haben die Menschen in unserem Land nicht im Blick.

Ich nenne Ihnen zwei Beispiele: Im Polizeigebäude in Passau ist ein geregelter Dienstbetrieb fast nicht mehr möglich, weil Feuchtigkeit und Schimmel eindringen.

Die Kolleginnen und Kollegen von der Polizei vor Ort sind zutiefst besorgt. Seit Jahren ist das in Passau ein Thema. Der Innenminister hat schnelle Abhilfe versprochen, und es war alternativlos, so der Innenminister, dass im Jahr 2015 ein neues Polizeigebäude errichtet werden sollte. Der Innenminister antwortet auf die Anfrage meines Kollegen Bernhard Roos, der Baubeginn müsse nun auf das Jahr 2017 verschoben werden. Die Haushaltsmittel reichen nicht aus.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört! Das Paradies sieht anders aus! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das sehen wir noch nicht! – Volkmar Halbleib (SPD): Ein Teil der Vorstufe zum Paradies!)

Die Entschuldigung kommt gleich hinterher: Gesundheitsgefährdungen, beispielsweise durch Schimmel, müssten selbstverständlich vermieden werden. Liebe Frau Aigner, das sind aber die Probleme, die die Menschen vor Ort ganz unmittelbar betreffen. Es sind die kleinen Fragestellungen, die ebenfalls in den Mittelpunkt gerückt werden müssen. In Bayern gibt es beispielsweise Dutzende Schwimmbäder, die von den Kommunen nicht mehr gehalten werden können. Die Menschen vor Ort erwarten, dass sie mit ihren Kindern in ihrer Freizeit oder zumindest für den Schulunterricht - da ist es besonders wichtig - ein wohnortnahes Schwimmbad unmittelbar vor Ort haben, in dem sie mit ihren Kindern schwimmen können.

(Beifall bei der SPD)

Sie kümmern sich um Cyber-Allianz-Zentren, um Ariane 6, um Start-ups. Das ist alles wichtig. Aber Sie klammern die Probleme, die die Menschen vor Ort ganz unmittelbar betreffen, ganz offensichtlich aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, gestatten Sie mir in Kurzform als Zusammenfassung noch einige Feststellungen. Punkt 1. Die Bayerische Staatsregierung sonnt sich in den Erfolgen der bayerischen Industrie, und sie formuliert die erfreulichen ökonomischen Kennziffern. Viele haben dazu beigetragen, insbesondere die Unternehmer und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie formuliert die erfreulichen ökonomischen Kennziffern als ihr eigenes Erfolgsmodell. Dabei hat sie im Jahr 2014 Chancen verpasst, wichtige Weichenstellungen bei zentralen Themenfeldern vorzunehmen. Der Zickzackkurs bei der Energiewende steht dafür symptomatisch. Insgesamt war die Regierung im Jahr 2014 tatsächlich, ich kann es Ihnen nicht ersparen, affärengeschüttelt und mit sich selbst beschäftigt.

Punkt 2. Die Nachbeben des Landesbankdesasters waren auch im Jahr 2014 deutlich spürbar. Auch am heutigen Tag bezahlt der bayerische Steuerzahler,

nur an diesem Tag, 1 Million Euro an Zinsen für die Rettung der Landesbank, insgesamt 350 Millionen Euro im Jahr 2014. Allein die Zinszahlungen für die Landesbankrettung machen mittlerweile 1.700 Millionen Euro aus. Sie übersteigen damit den aktuell haushalterisch abgebildeten sogenannten Schuldenabbau um ein Vielfaches. Die stellvertretende Ministerpräsidentin hat heute wohl aus guten Gründen die laufenden Prozesse um die Hypo Group Alpe Adria mit Milliardenforderungen an den Freistaat Bayern unkommentiert gelassen.

Punkt 3. Die Staatsregierung verharrt in der Position der Zentralstaatlichkeit, anstatt die vielfältigen Chancen der Regionen in einem Konzept der Dezentralität zu fördern. Die Landkreise, die Städte, die Gemeinden in Bayern brauchen mehr Bewegungsfreiheit und Handlungsspielräume. Dort spielt das Leben. Dort wird Lebensqualität organisiert. Dort findet Demokratie statt. Stärken wir die Wirkungsfelder unserer Kommunen, so forcieren wir die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in ganz Bayern. Die Stärkung der finanziellen Basis der Kommunen ist die Grundlage für die Sicherung der Lebensqualität und die Teilhabe von allen Bevölkerungsschichten.

Die Bundesregierung, die wir gemeinsam stellen, hat das erkannt und trägt diesem Grundgedanken durchaus Rechnung. Mit jährlich knapp 115 Millionen Euro werden die bayerischen Kommunen im Vorgriff auf das Bundesteilhabegesetz entlastet. Die Kommunen werden auch entlastet, weil der Bund die Grundsicherung im Alter übernimmt. Es gibt noch einmal 60 Millionen Euro für die Städtebauförderung in Bayern obendrauf. Der Bund macht das richtig. Wir leisten dort gemeinsam gute Arbeit.

Kommunale Selbstverwaltung ist eben mehr als nur ein bloßes Verfassungspostulat. Sie ist die Prosperitätsprämisse und zugleich höchstes politisches Ordnungsprinzip. Die Hochachtung vor der kommunalen Selbstverwaltung ist der Kern von landespolitischer Good Governance für unsere Heimat. Geben wir als Freistaat den Kommunen mehr vom allgemeinen Steuerkuchen ab. Die Menschen in Bayern werden es uns danken.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nachdem im Jahr 2014 einiges an Hausaufgaben liegen geblieben ist, gibt es für 2015 noch viel zu tun. Bayern braucht eine Regierung, die regiert, so wie im Bund.

(Lachen bei der CSU)

Eine Koalitionsregierung ist besser für das Land. Eine Koalitionsregierung ist besser als eine Alleinregierung, die Dinge schleifen lässt.

(Beifall bei der SPD)

Die Menschen lehnen Allmachtstrukturen ab und schätzen den politischen Konsens und die Zusammenarbeit von Parteien. Für mich steht fest: Dort, wo die SPD mitregiert, werden die Probleme von Familien und Arbeitnehmern ernst genommen, dort werden die Alltagssorgen der sogenannten kleinen Leute berücksichtigt. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Herr Kollege Thomas Kreuzer, das Wort. Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Rinderspacher, Sternstunden sind selten im Leben eines Einzelnen und selten im Laufe der Geschichte. Das haben Ihre Ausführungen heute wieder einmal eindeutig unter Beweis gestellt.

(Heiterkeit bei der CSU – Zuruf von der SPD)

Von Ihrer Seite kamen Vorwürfe, Unterstellungen und Wunschkataloge. Was Ihnen jedoch fehlt, ist ein Konzept für Bayern. Wie wollen Sie die Zukunft des Freistaats gestalten? Was sind Ihre politischen Vorstellungen? Dazu haben Sie heute überhaupt nichts Konkretes gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Das Einzige, was man heraushören kann, sind ständige Forderungen. Wir brauchen noch mehr Lehrer, wir brauchen noch mehr Gebäudesanierung, wir müssen noch mehr an die Kommunen geben. Meine Damen und Herren, für eine Haushaltsdebatte ist ganz ungewöhnlich: Sie haben zum Haushalt und zur Finanzierung dieser Aufgaben überhaupt nichts gesagt.

(Beifall bei der CSU)

Kein einziges Wort. Dann haben Sie gesagt, die Politik dort, wo die SPD regiert, ist gut für die kleinen Leute. Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen: Dort, wo die SPD mitregiert, wird ungebremst Verschuldung praktiziert. 3,5 Milliarden Euro pro Jahr in Nordrhein-Westfalen, 1,5 Milliarden Euro pro Jahr in Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CSU)

In den Ländern, in denen Sie regieren, sind Sie die Partei der Schuldenmacher. Das werden diese kleinen Leute eines Tages irgendwie bezahlen müssen. Das ist höchst unsozial, Herr Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU)

Die Menschen in diesem Land brauchen Antworten, die ihnen die Opposition zumindest heute nicht gegeben hat. Über das Loblied zum Koalitionsvertrag kann man sich nur wundern, meine Damen und Herren. Ein Koalitionsvertrag ist für eine Koalition notwendig, er ist keine Liebesheirat.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Na ja!)

Im Ergebnis wird niemand, kein Anhänger einer Partei, das Programm seiner Partei eins zu eins im Koalitionsvertrag wiederfinden. Er muss also entsprechende Kröten schlucken. Das ist allen Partnern in Berlin so gegangen. Meine Damen und Herren, wir brauchen keinen Koalitionsvertrag. In Bayern haben wir unseren Bayernplan. Im Gegensatz zu einer Koalition werden wir genau das umsetzen, was wir den Leuten vor der Wahl versprochen haben, und zwar eins zu eins.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen insgesamt keine Kompromisse schließen, sondern können das tun, was wir zugesagt haben. Wir sind unsere Wahlversprechen konsequent angegangen und haben diese abgearbeitet.

Meine Damen und Herren, mich hat es direkt schockiert, dass Sie sagen, die Regierungsarbeit sei schlecht, weil wenige Gesetze gemacht worden seien. Ich muss Sie schon fragen: In welcher Welt leben Sie eigentlich? Haben Sie noch nicht festgestellt, dass die Menschen an einer Überregulierung und Bürokratisierung ersten Grades leiden und auf keinen Fall mehr davon wollen?

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Florian Streibl (FREIE WÄHLER))

Wir müssen die Dinge pragmatisch umsetzen. Wir werden uns noch alle darüber wundern, was Frau Nahles uns an Bürokratisierung in Bezug auf das Mindestlohngesetz bringen wird, Herr Rinderspacher.

(Beifall bei der CSU)

1.600 Zöllner sollen nur in die Betriebe gehen, um die Einhaltung der Regelungen zu kontrollieren – bei Minijobs razziaartig, wie auch immer das geschehen soll.